

WAHLKREIS 49 – LÜNEBURG-STADT

KANDIDATIN: Andrea Schröder-Ehlers (SPD)

.....

Allgemeine Auftaktfrage

Priorisieren Sie die folgenden Schulthemen: Unterrichtsversorgung, Schulsozialarbeit, Inklusion, Digitalisierung, Infektionsschutz - welche sind Ihre Top 3?

Die hier genannten Aufgaben Unterrichtsversorgung, Schulsozialarbeit, Inklusion, Digitalisierung und Infektionsschutz müssen alle gleichzeitig bearbeitet werden.

.....

Frage 1: Unterrichtsversorgung

Die gängige Praxis der Lehrerabordnungen an unterversorgte Schulen sorgt für eine Zusatzbelastung des Lehrpersonals und ist insbesondere in Pandemiezeiten kritisch zu sehen.

Es gibt ständig unterversorgte „Empfängerschulen“. Dem gegenüber erreichen ständig abgebende Schulen auch nicht mehr die 100 % Versorgung.

In der Vergangenheit sind die Berechnungen zur Unterrichtsversorgung immer wieder verändert worden, um überhaupt Zahlen nahe einer 100% igen Versorgung errechnen zu können.

„100 %“ bedeutet aber, dass schon die durch z.B. Krankheit oder Klassenfahrten fehlenden Lehrerstunden in der Summe nicht ausgeglichen werden können, weil kein Puffer vorhanden ist.

Einen solchen hat es in der Vergangenheit aber in Niedersachsen schon mal gegeben, einige andere Bundesländer haben ihn ebenfalls oder streben ihn zumindest an.

Bildungsverbände fordern seit langem als Richtmarke eine Unterrichtsversorgung von 105-110%.

Was unternehmen Sie für eine flächendeckende, ausreichende Versorgung mit Lehrkräften an jeder Schule, um Abordnungen wieder zur Ausnahme zu machen?

Zur Zeit macht die Landesregierung schon Folgendes, um die Versorgung zu verbessern:

- Das Land schreibt 730 neue Lehrer*innen-Stellen aus.
- Es gibt eine Prämie von bis zu 400€ monatlich für 24 Monate abhängig von der Schulformen und de4 Fächerkombi für neue Lehrer*innen geben.
- Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst für Haupt-Real-und Förderschulen erhalten eine Prämie von ca.300€ für die Dauer des Vorbereitungsdienstes.
- Es gibt beschleunigte Verfahren beim Quereinstieg in den Vorbereitungsdienst.
- Ausländische Hochschulabschlüsse sollen schneller und in höherem Umfang anerkannt werden.
- Es gibt die Möglichkeit für Personen ohne B.a. oder M.a. im nicht-gymnasialen Sek.1 Bereich als Lehrkraft zu arbeiten.
- Meister oder Fachhochschulabsolventen können entsprechend ihrer Fachrichtung praktischen Unterricht an Haupt-, Real- oder Oberschulen erteilen.

Zukünftig planen wir:

- **A13/E13 für alle Lehrkräfte,**
- **Mehr Entlastung der Lehrkräfte und mehr Möglichkeiten zur multiprofessionellen Zusammenarbeit durch eine neue Arbeitszeitverordnung,**
- **Schulleitung soll ein eigenes Berufsbild werden,**
- **Mehr Praxis und Pädagogik im Studium,**
- **Bedarfsgerechte zur Verfügungstellung von Studienplätzen,**
- **Zusätzliche Stipendienprogramme für Mangelfächer,**
- **Bessere Möglichkeiten für Quereinstieg,**
- **Vereinfachung bei der Zulassung**
- **Bessere berufsbegleitende Qualifizierung von Quereinsteige*innen,**
- **Zusätzliche pädagogische Fachkräfte für die Schulen,**
- **Sonderpädagogik, Schulsozialarbeit und pädagogische Fachkräfte für jede Schule**
- **Mehr Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte**
- **Bessere Unterstützung bei Weiterbildungen**
- **Arbeitsbedingungen für pädagogische Mitarbeitende verbessern**
- **Ausbau der unbefristeten Verträge**

.....

Frage 2: Lehrkräfteaus- und weiterbildung

In der Thematik der unzulänglichen Unterrichtsversorgung steckt die mangelnde Aus-/Fortbildung neuer Lehrkräfte. Dabei ist qualifizierter Nachwuchs besonders wichtig, um neuen Herausforderungen gerecht zu werden, wie Digitalisierung, Migration und Inklusion. Studienabbrüche und vor allem auch das Ausscheiden der ausgebildeten Lehrkräfte durch Überlastung und Überforderung aus dem Schuldienst müssen verhindert werden.

Was unternehmen Sie, damit mehr Menschen den Lehrerberuf ergreifen, gut aus- und weitergebildet werden und ihm dadurch – hoffentlich - treu bleiben?

Schon jetzt werden viele gute Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten. Das Angebot muss aber ständig aktualisiert und ausgebaut werden. Wir erwarten, dass Lehrer*innen zukünftig mindestens eine Fortbildung pro Jahr machen, auch dazu muss das bestehende Angebot erweitert werden.

.....

Frage 3: Schulsozialarbeit

Alle Schulen sollten mit Schulsozialarbeit versorgt werden. Obwohl dieses Ziel nicht erreicht ist, hat sich das Land Niedersachsen aus der Finanzierung zurückgezogen und im Doppelhaushalt 22/23 keine Mittel dafür vorgesehen.

Was würden Sie unternehmen, um die Schulsozialarbeit an allen Schulen sicherzustellen?

Für uns gehören Sonderpädagogik, Schulsozialarbeit und pädagogische Fachkräfte an jede Schule. Das Angebot muss immer weiter ausgebaut werden. Das Land hat sich nicht zurückgezogen. Alle bestehenden Stellen werden natürlich weiterfinanziert und über das Programm „Startklar“ sind bereits 100 weitere Schulsozialarbeiter*innen an die Schulen im Land gekommen und dieses Programm werden wir fortsetzen.

.....

Frage 4: Förderschule Lernen

Ein großes Ziel heißt: Inklusion an allen Schulen. Gleichzeitig ist der Bedarf für die reine „Förderschule LERNEN“ weiterhin gegeben. Ein Beispiel aus unserer Region:

Die Johannes-Rabeler-Schule in Lüneburg ist eine Förderschule Lernen in städtischer Trägerschaft. Die Nachfrage nach Plätzen an dieser Förderschule sowohl aus dem Stadtgebiet als auch dem Landkreis ist weiterhin hoch; der Erhalt aber bisher nur bis 2028 gesichert. Daher werden bereits ab 2023 keine neuen Schüler*innen mehr angenommen!

Wie würden Sie sich für die notwendige personelle und materielle Ausstattung der Schulform „Förderschule Lernen“ entsprechend des Bedarfes im Land bis 2028 und, falls nötig, darüber hinaus einsetzen?

2008 trat die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung in Kraft. Das Ziel ist die Inklusion von Menschen mit Behinderung. Die Bundesrepublik hat die Konvention 2009 ratifiziert und auch das Land Niedersachsen und alle demokratischen Parteien haben sich diesem Ziel verschrieben. In diesem Zuge wurde auch beschlossen, die Förderschulen „Lernen“ auslaufen zu lassen. Die landesweite Anzahl der Schülerinnen und Schüler in dieser Schulformen ist von 2009 bis heute von ca. 19.000 auf 4.000 gesunken. Für uns gilt, dass wir für gelebte Inklusion und mehr Bildungsgerechtigkeit an allen Schulformen stehen. Die Rahmenbedingungen müssen weiter verbessert werden, um mögliche Ängste zu nehmen und gemeinsam den Weg an den Regelschulen zu beschreiten, aber in den letzten Jahren ist auch schon vieles verbessert worden.

.....

Frage 5: Inklusion

Der weiterhin hohe Bedarf nach der Schulform „Förderschule Lernen“ ist nur ein Beleg dafür, dass die Inklusion an Regelschulen noch nicht zufriedenstellend umgesetzt wird.

Dafür müssten Schulen besser ausgestattet werden, räumlich wie personell: mit Förderstunden, Schulbegleitung, Lehrerfortbildung, mit Differenzierungsräumen und mit niedrigeren Klassenteilern. Die kurzfristige Abschaffung der Doppelzählung von Inklusionskindern muss unbedingt wieder zurückgenommen werden.

Wie lautet Ihr Plan, um die Inklusion an allen Schulen umzusetzen?

Siehe Frage 4

.....

Frage 6: Digitalisierung und IT-Koordination

Im Rahmen der Digitalisierung benötigen Schulen fachliche Unterstützung bei der Betreuung der IT-Infrastruktur. Die Neueinstellungen halten nicht Schritt mit dem Bedarf.

(Dies könnte an der verhältnismäßig geringen Entgeltstufe liegen, die der Tarifvertrag für diese Stellen vorsieht.)

Gleichzeitig ist die Versorgung von Schulkindern aus finanziell schwachen Familien mit Tablets für digitale Bildung nicht so gewährleistet. Während Schulbücher, Taschenrechner usw. für solche Familien finanziert werden, gilt das nicht für Tablets. Wir brauchen hier dringend eine politische Lösung. Wir brauchen aber auch Lernmittelfreiheit für Tablets (get your own device) sowie Standards/Vorgaben durch das Land, was Ausstattung und Vergabeverfahren betrifft. Dabei ließen sich auch freiwerdende Budgets nutzen, wenn Tablets die bisher geförderten Taschenrechner und Schulbücher ersetzen.

Wie stehen Sie zur Lernmittelfreiheit und was unternehmen Sie

- **zur Ausstattung der Schulen mit IT-Fachpersonal?**
- **zur Ausstattung mit Hardware, WLAN und Cloud-Servern?**
- **zur Ausstattung der Schüler mit Tablets?**

Die Schule muss auf die Erfordernisse der digitalen Gesellschaft vorbereiten. Darum drängen wir auf ein höheres Tempo bei den gemeinsamen Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen, die Digitalisierung der Schulen zeitgemäß aufzustellen. Es ist dringend notwendig, dass der Bund seinen Digitalpakt 2.0 an den Start bringt und gleichzeitig die Kommunen die schon vorhandenen Gelder auch endlich abrufen. Insgesamt standen in dieser Legislaturperiode 324Mio.€ zur Verfügung. In der nächsten Wahlperiode werden wir zudem jedem Schüler und oder Schülerin kostenfrei ein digitales Endgerät zur Verfügung stellen.

Wir werden die Einführung des Unterrichtsfachs Informatik (ab Sommer 2023 Pflicht- fach) und mit mehr Content auf der Bildungscloud die digitale Lernmittelfreiheit weiter vorantreiben.

.....

Frage 7: Infektionsschutz an Schulen

Gem. Erkenntnissen der experimentellen Wissenschaft können während des Unterrichts mobile Luftfilter gegen indirekte Infektionen und Plexiglas-Trennwände mit umlaufender Kante gegen direkte Infektionen schützen. Unsere Schulen sind aber bis heute unzureichend mit dieser Technik ausgestattet, die Fördermittel sind ausgeschöpft. Der Einbau zentraler Lüftungsanlagen mit entsprechenden Filtern beginnt ansatzweise bei Schulneubauten - dieser Prozess dauert aber viel zu lange und wird der Pandemiesituation nicht gerecht.

Wie sehen lang- und kurzfristige Lösungen für Sie aus? UND: Sind Schulschließungen für Sie eine Option?

Sachgerechtes Lüften bleibt auch zukünftig ein wichtiger Baustein beim Infektionsschutz an Schulen. Darüberhinaus setzen wir auf den Einbau der zentralen Lüftungsanlagen im Neubau, aber auch im Bestand. Nach dem heutigen Stand scheinen die getroffenen Maßnahmen ohne Corona-Testpflicht und ohne Maskenpflicht zum Start in das neue Schuljahr ausreichend gewesen zu sein. Eine Auswertung der in den letzten Jahren getroffenen Auflagen zeigt auch, dass es keine Schulschließungen mehr geben darf. Und das gilt sowohl für die weitere Entwicklung der Pandemie als auch für die Energiekrise.

.....

Frage 8: Raumbedarf an Schulen

Unter anderem durch Digitalisierung und Inklusion haben sich die Anforderungen an den Unterricht und die Räumlichkeiten an Schulen geändert. Für räumliche Ausstattung und Baumaßnahmen sind die Kommunen als Schulträger verantwortlich. Das Land muss Vorgaben machen, damit die Kommunen als Schulträger in der Pflicht sind und entsprechende Maßnahmen ergreifen. In den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen gibt das Land solche Standards vor.

Was sind Ihre Ideen für eine entsprechende Richtlinie?

Es ist richtig, dass es derzeit nur Handreichungen gibt, die auch schon sehr alt sind. Der Niedersächsische Kultusminister verhandelt seit Jahren mit den Kommunen über die Festlegung neuer Standards. Nach §108 ABS.3 NSchG könnte das Ministerium die Festlegung neuer Standards. Nach §108 ABS.3 NSchG könnte das Ministerium gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens gemeinsame Empfehlungen erstellen und erlassen. Leider konnten sich die Kommunen dazu noch nicht entscheiden.

.....

Frage 9: Berufsorientierung

Vom Fachkräftemangel sind Schulen selbst stark betroffen und natürlich die regionale Wirtschaft und Institutionen im Land Niedersachsen. Eine gute Berufsorientierung und Berufsvorbereitung nach verbindlichen Standards an den Schulen könnte den Fachkräftemangel abfedern. Auch diese Standards müssen vom Land vorgegeben werden.

Mit welchen Mitteln würden Sie die Berufsorientierung an Schulen verbessern und Landesstandards entwickeln?

Schule wird nicht alle gesellschaftlichen Probleme lösen können, so wünschenswert es auch wäre. Vor dem Hintergrund begrenzter zeitlicher Ressourcen bei den Schülerinnen und Schülern und begrenzter personeller Ressourcen setzen wir Schwerpunkte.

Wir haben die Berufsorientierung in dieser Wahlperiode deutlich gestärkt. In der nächsten Legislaturperiode werden wir daran anknüpfen und sowohl die Förderung der Basiskompetenzen insbesondere an Grundschulen wie auch die berufliche Orientierung weiter ausbauen.

.....
Frage 10:

Schüler*innen und ihre Eltern sollten Sie wählen, weil ...

Bildung unser Herzensthema ist. Wir wollen die Schulen fit für die Zukunft machen. Schulen entwickeln sich stetig weiter. Es gibt immer neue Herausforderungen und immer neues Wissen. Lehr- und Lernmethoden entwickeln sich weiter. Wir verstehen immer besser, wie wir Kinder und Jugendliche beim Bildungserfolg unterstützen können - und genau das werden wir in der Praxis auch tun.

Als SPD stehen wir für gebührenfreie Bildung und haben mit der Abschaffung von Kita- und Studiengebühren, Schulgeld in Gesundheitsfach- und Erziehungsberufen und der Einführung der Meisterprämie bereits viel erreicht für mehr Chancengerechtigkeit.

Mit der digitalen Lernmittelfreiheit bauen wir darauf weiter auf. Und auch darüber hinaus wollen wir weiter in die Bildung unserer Kinder investieren: damit alle Lehrkräfte A13/E13 bekommen, die Ganztagschulen weiter ausgebaut damit alle Lehrkräfte A13/E13 bekommen, die Ganztagschulen weiter ausgebaut morgen zu gewinnen.